

PARLAMENT AKTUELL



Newsletter des NR Abg. Gerhard Steier

11.4.2008

mehr Informationen:

<http://www.gerhardsteier.at>

Inhalt

Seite

I.	Kurzinformation zu den Plenarsitzungen vom 9. und 10.4.2008	2-9
II.	Aktivitäten	
	a) Parlamentarische Anfragen/Anträge	9
	b) Neuigkeiten aus der EU	9
	c) Presse	9
	d) Reden	10

I. Kurzinformation zu den Plenarsitzungen vom 9. und 10.4.2008

Nach der **Aktuellen Stunde** stand die **Ratifizierung** des Vertrags von Lissabon durch den Nationalrat im Mittelpunkt der Sitzung: kritische Einwände - ob eine Volksabstimmung vor einer Ratifizierung nötig sei und ob Österreich seine Eigenständigkeit und Neutralität verliere - wurden genauso diskutiert wie die zahlreichen Vorteile des EU-Reformvertrags, der nach rund siebenstündiger Debatte mit deutlicher Mehrheit (151 Pro- und 27 Contra-Stimmen in namentlicher Abstimmung) beschlossen wurde.

Weitere **wichtige Beschlüsse** der beiden Plenartage:
Änderung **Katastrophenfondsgesetz**,
Erinnerungszuwendung für Widerstandskämpfer und Opfer der politischen Verfolgung, Antrag **Online-Betrug**,

Die wesentlichsten Inhalte im Detail, nach Tagesordnungspunkten¹

55. Sitzung, 9.4.2008

TOP 1. Vertrag von Lissabon (484 d.B.)

TOP 2. F-Antrag 284/A(E) betreffend Erwirkung einer neuerlichen Ratifizierung in Form einer Volksabstimmung eines neu aufgelegten Vertrages für die Europäische Union (485 d.B.)

TOP 3. G-Antrag 343/A(E) betreffend Beibehaltung der österreichischen Neutralität (486 d.B.)

TOP 4. F-Antrag 394/A Änderung B-VG (487 d.B.)

TOP 5. F-Antrag 407/A(E) betreffend Verhalten des BK im Zuge der Verhandlungen über einen "Vertrag zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft" am Europäischen Rat am 18. und 19. Oktober 2007 (488 d.B.)

TOP 6. BZÖ-Antrag 465/A auf Durchführung einer Volksbefragung gem. Art. 49b B-VG über den EU-Reformvertrag (483 d.B.)

EU-Erweiterung auf 27 Mitgliedstaaten erfordert eine Reform der bestehenden Verträge, um die Handlungsfähigkeit der EU zu erhalten, das demokratische Prinzip weiter zu stärken und die soziale Verantwortung in Europa stärker zu verankern; Vertrag von Lissabon beinhaltet ua. mehr Rechte für die BürgerInnen und Bürger (europäische Bürgerinitiative), Grundrechtskatalog, mehr Transparenz in der EU, Fortschritt in Richtung soziales Europa, Bekenntnis zu öffentlichen Dienstleistungen, mehr Demokratie durch mehr Kompetenzen für das Europäische Parlament, mehr Kontrolle durch die nationalen Parlamente, klarere Kompetenzaufteilung zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten, neue

¹ Alle Abstimmungsergebnisse noch vorläufig; endgültige Fassung ab Ende Mai unter www.parlament.gv.at abrufbar.

Zukunftskompetenzen (Klimaschutz, europäische Energiepolitik),...; da der EU-Reformvertrag keine Gesamtänderung der österreichischen Bundesverfassung darstellt, ist keine Volksabstimmung erforderlich; parlamentarische Ratifizierung

2/3-Mehrheit, TOP 2-6 Kenntnisnahme des negativen Ausschussberichts

TOP 7. Änderung Katastrophenfondsgesetz (513 d.B.)

Schaffung der Möglichkeit, den Katastrophenfonds auf Antrag der Bundesregierung in Höhe der jährlichen Dotierung aufzustocken, um rasche Hilfe auch bei Naturkatastrophen mit außergewöhnlichen Ausmaßen bereitstellen zu können. Die Dotierung des Fonds ist für das Jahr 2008 mit rd. 319 Mio € veranschlagt.

einstimmig

TOP 8. Änderung Investmentfondsgesetz (514 d.B.)

Beitrag zur besseren grenzübergreifenden Vermarktung von Investmentfonds

mehrheitlich

TOP 9. Änderung Versicherungsaufsichtsgesetz (515 d.B.)

Gleichstellung Bilanzierungsregelungen mit anderen EU-Ländern

mehrheitlich

TOP 10. Änderung Einkommensteuergesetz (516 d.B.)

Kapitalbesteuerungsrecht bei Wegzug

einstimmig

TOP 11. Änderung Konsulargebührengesetz (517 d.B.)

Gebührenbefreiung von Dokumenten, die durch die Geburt eines Kindes veranlasst im Ausland ausgestellt werden

einstimmig

TOP 12. Steuerabkommen Österreich-Albanien (518 d.B.)

Vermeidung der Doppelbesteuerung
einstimmig

TOP 13. Änderung Steuerabkommen Ö-Polen (519 d.B.)

Befreiungsmethode zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
einstimmig

TOP 14. Rechnungshofbericht 2006 (493 d.B.)

TOP 15. Rechnungshofbericht zu durchschnittlichen Einkommen im Bereich der öffentlichen Wirtschaft des Bundes in den Jahren 2005 und 2006 (492 d.B.)

einstimmig

TOP 16. Abkommen Österreich - Indien über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (489 d.B.)

einstimmig

56. Sitzung, 10.4. 2008

TOP 1. Bericht des BMWA über die Situation der kleinen und mittleren Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft 2006/07 (499 d.B.)

Rahmenbedingungen für KMU, statistisches Material
mehrheitlich

TOP 2. Antrag 543/A(E) betreffend Probleme österreichischer Unternehmen bei der Erbringung von Dienstleistungen in der Schweiz (500 d.B.)

Beseitigung Wettbewerbshemmnisse
einstimmig

TOP 3. Übereinkommen über die Beteiligung der Republiken Bulgarien und Rumänien am Europäischen Wirtschaftsraum (501 d.B.)

Bestimmungen zur Schaffung eines einheitlichen Binnenmarktes
mehrheitlich

TOP 4. Änderung Behinderteneinstellungsg (510 d.B.)

Änderungen insbesondere im Bereich der Gleichbehandlung
einstimmig

TOP 5. F-Antrag 325/A(E) betreffend Vergütung von 20 Prozent des Kaufpreises bei der Anschaffung von Kraftfahrzeugen durch Behinderte (511 d.B.)

negativer Ausschussbericht mehrheitlich

TOP 6. F-Antrag 511/A(E) Diskriminierung behinderter Menschen bei privaten Versicherungen (512 d.B.)

Antrag an Justizausschuss verwiesen

TOP 7. BG mit dem aus Anlass des 70. Jahrestages des Einmarsches der Truppen des nationalsozialistischen Deutschen Reiches in Österreich eine einmalige Zuwendung (Erinnerungszuwendung) für Widerstandskämpfer und Opfer der politischen Verfolgung sowie deren Hinterbliebene geschaffen wird (506 d.B.)

einmalige Zuwendung für Widerstandskämpfer und Opfer der politischen Verfolgung
mehrheitlich

TOP 8. G-Antrag 556/A betreffend Änderung Opferfürsorgegesetz (509 d.B.)

negativer Ausschussbericht mehrheitlich

TOP 9. G-Antrag 555/A , Änderung ASVG (507 d.B.)

Änderung des Pensionsrechtes
negativer Ausschussbericht mehrheitlich

TOP 10. G-Antrag 527/A , Änderung EStG (508 d.B.)

Zuweisung an den Finanzausschuss

TOP 11. Antrag 638/A(E), Sicherheit von Kinderspielzeug (490 d.B.)

Überarbeitung der EU Spielzeugrichtlinie
einstimmig

TOP 12. Antrag 650/A(E) Maier, Rädler, Steier, betreffend Abzockseiten im Internet (Online Betrug) (491 d.B.)

Extra Betätigung zum Abschluss von Online-Verträgen

Siehe Bereich Reden

einstimmig

TOP 13. Unternehmensrechts-Änderungsgesetz 2008 (494 d.B.)

Umsetzung Abschlussprüfungs-Richtlinie
einstimmig

TOP 14. Feilbietungsrechtsänderungsgesetz (495 d.B.)

wirtschaftsnähere Ausgestaltung
einstimmig

TOP 15. Europäisches Übereinkommen über die Ausübung von Kinderrechten (496 d.B.)

Verbesserung Verfahrensrechte
einstimmig

TOP 16. Vereinbarung Bund-Länder gemäß Art. 15a B-VG, zivilrechtliche Bestimmungen betreffend den Verkehr mit Baugrundstücken (497 d.B.)

Rechtsgeschäft rechtsunwirksam, wenn eine von der Grundverkehrsbehörde gesetzte Frist zur Nachholung der versäumten Handlungen ungenützt verstreicht
einstimmig

TOP 17. Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Abgeltung stationärer medizinischer Versorgungsleistungen von öffentlichen Krankenanstalten für Insassen von Justizanstalten (498 dB)

Regelung externe medizinische Versorgungsleistungen im Straf- und Maßnahmenvollzug
einstimmig

TOP 18. Immunitätsausschuss - behördliche Verfolgung NR Graf (525 d.B.)

keine Auslieferung
einstimmig

II. Aktivitäten

a) Anfragen und Anträge

- „Green approaches im Flugverkehr“ (4049/J)
 - „Förderung des Lebensministeriums für Spritspartrainings des ÖAMTC“ (4063/J)
 - „Nespresso-Entsorgungsbeitrag ARA“ (4092/J)
-

b) Neuigkeiten aus der EU



- **Handynutzung auf Flugreisen; Vorschriften** der EU-Kommission, durch die einheitliche Bedingungen für die Nutzung europaweiter Mobilfunkdienste in Flugzeugen geschaffen werden;
 - **Open Skies in Kraft**; europäische Luftverkehrsgesellschaften von jedem Ort in der EU zu jedem Ort in den USA fliegen;
 - **Verhandlungen zu UN-Klimaabkommen**
-

c) Presse

- Online-Abzocke, OTS 10.4.2008

Mehr Presseinformation auf www.gerhardsteier.at

d) Reden

- Rede Antrag Online-Betrug, 10.4.2008

Frau Präsidentin! Herr Bundesminister! Meine geschätzten Damen und Herren! Im Internet galt lange Zeit der Grundsatz: viel Information- und das gratis. Mittlerweile bedeutet gratis aber nicht immer umsonst, denn im Internet boomt das Geschäft mit der KonsumentInnenabzocke. Unser Antrag gegen Abzockseiten im Internet soll diesen diversen Praktiken wirksam begegnen; konkret dadurch, dass ein online abgeschlossener Vertrag nur dann gültig sein soll, wenn der Internet-User diesen Vertragsabschluss und die Kostenpflicht extra bestätigt.

Meine geschätzten Damen und Herren! Ich darf mich aber auch einem anderen Zweig widmen, der mir sehr wichtig erscheint und der für die Zukunft sehr bestimmend sein wird. Neue Informationswege und hoch technisierte Kommunikationsmittel wie Handy, Computer und Internet machen einen darauf ausgerichteten Konsumentenschutz notwendig. Dazu gehört auch der Datenschutz. Wir alle bewegen uns mit elektronischen Identitäten im Internet und hinterlassen digitale Spuren. Aber vielen NutzerInnen ist nicht bewusst, dass jede Aktivität Datenspuren hinterlässt, die oft über Jahrzehnte gespeichert bleiben. Unsere persönlichen Daten, Daten zum Kaufverhalten und so weiter, sind für Unternehmen im World Wide Web sehr begehrt. Kundenkarten, Data-Mining, Gewinnspiele,... sind nur einige Mittel diverser Branchen und Unternehmen, um an diese persönlichen Daten heranzukommen.

Gerade in den letzten Jahren haben soziale Online-Netzwerke wie Facebook, studiVZ, oder schülerVZ enormen Zulauf. Über diese Netzwerke kommunizieren vor allem junge Internet-UserInnen mit anderen Gleichgesinnten. In diesen Netzen wird auch viel persönliche Information preisgegeben. So haben in Deutschland vier von zehn Teenagern und jungen Erwachsenen ein Profil einem Online-Netzwerk anvertraut. Insgesamt veröffentlicht jede zweite NutzerIn zwischen 14 und 29 Jahren persönliche Infos im Netz. Aber soziale Netzwerke sind geradezu ein Schlaraffenland für Datensammler. Zu wenig Information über die Folgen und unzureichender Datenschutz in solchen Netzen bergen erhebliche Risiken, denn das Internet vergisst nicht.

Meine geschätzten Damen und Herren, in Zukunft werden wir uns daher neben der Erhöhung der Sicherheit vor Betrug und Daten-Phishing im Internet, auch verstärkt der Bereiche faire und transparente Spielregeln zum Schutz der Identitäten und der Privatsphäre in der digitalen Welt, aber auch der digitalen Daten der KonsumentInnen annehmen und entsprechende Regelungen umsetzen müssen. – Danke schön.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:

Suzana Lascsak-Kerec, Büro Abg.z.NR Gerhard Steier

Parlament, 1010 Wien

Telefon: 40110-3661; e-Mail: suzana.lascsak-kerec@parlament.gv.at